

## Nach dem Wahlsieg der Hamas – Szenarien und Optionen

Angesichts des auch für Insider in seiner Deutlichkeit unerwarteten Wahlsiegs der Hamas bei den palästinensischen Parlamentswahlen am 25. Januar und der Bildung eines Kabinetts der islamistischen Hamas, nachdem Verhandlungen zur Bildung einer Regierung unter Einbeziehung der Fatah erfolglos geblieben waren, steht die internationale Gemeinschaft vor einem Dilemma: Wie angekündigt haben die USA und auch die EU vorerst alle direkten finanziellen Transfers an die Palästinensische Autonomiebehörde eingestellt und nur die humanitäre Hilfe aufrecht erhalten, da die Hamas nicht zur Erfüllung ihrer Forderungen – Gewaltverzicht, Anerkennung Israels und aller getroffene Abkommen – bereit ist. Israel hatte bereits unmittelbar nach den Wahlen die Entscheidung getroffen, Steuer- und Zolleinnahmen einzubehalten. Besonders im Gaza-Streifen, dessen wirtschaftliche Erholung nach dem Abzug der israelischen Truppen und Siedler im September 2005, noch nicht wirklich vorangekommen ist, wird die humanitäre Lage vor diesem Hintergrund zunehmend prekär.

Im Rahmen einer Fachkonferenz am 11. Mai 2006 berichtete Dr. Mahdi Abdel Hadi, Direktor des palästinensischen Forschungsinstituts PASSIA, sowie Frau Hanan Taha, Direktorin des Wirtschaftsförderinstituts PALTRADE im Gazastreifen, von der aktuellen innenpolitischen und wirtschaftlichen Situation vor Ort. Die Hamas, so Dr. Abdel Hadi habe sich von ihrem Wahlsieg „noch nicht erholt“ und sei vollkommen unvorbereitet auf die Regierungsführung. Gleichzeitig akzeptiere die Fatah ihre neue Rolle in der Opposition nicht, was zu erheblichen Spannungen führe. Die bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Fatah- und Hamas-Anhängern im Gaza-Streifen seien Spiegelbild dieses Kräftemessens und insofern Teil einer Art „Flurbereinigung“. Er warnte nachdrücklich davor, die Hamas – trotz aller auf der Hand liegender Schwierigkeiten im Umgang mit ihr - durch weitere Isolierung durch die internationale Gemeinschaft zu stärken, da die leidtragende Bevölkerung sich zunehmend mit ihr solidarisiere und sich für die demokratischen Wahlen betraffe. Von zentraler Bedeutung sei auch die genaue Differenzierung zwischen interner und externer Hamas-Führung und zwischen ideologischen Hardlinern und Pragmatikern. Einzige Perspektiven ist seiner Ansicht nach der „nationale Dialog“ zwischen Hamas und Fatah, der zur Bildung einer technokratischen Regierung oder einer Regierung der nationalen Einheit führen könne und damit einen Weg aus der Krise aufzeigen könnte.

Dr. Abdel Hadi vertrat die These, dass Hamas provoziere um die israelische Kernwaffen-Frage wieder in die internationale Diskussion zu bringen. Er sah eine Schlüsselrolle bei der Türkei und forderte mehr Sichtbarkeit der NATO in Gaza und Westbank sowie in der Auseinandersetzung mit Iran und Irak. Insbesondere Deutschland könne eine Rolle als Vermittler einnehmen und solle mit beiden Seiten sprechen. Wesentlich sei auch, den Palästinensern jetzt das Gefühl zu vermitteln, dass sie nicht völlig allein seien.

Frau Taha berichtete ausführlich über die humanitäre Situation in den Palästinensischen Gebieten und insbesondere im Gaza-Streifen sowie daraus abzuleitenden mögliche Reaktionen der internationalen Gemeinschaft. Es müsse schnellstmöglich ein Mechanismus zur finanziellen Abwicklung humanitärer Hilfe gefunden werden. Gleichzeitig müsse dies unter allen Umständen eine befristete Lösung sein, da die Umstellung auf rein humanitäre Hilfe einen enormen Rückschritt darstelle. Sie betonte den Willen viele palästinensischer Unternehmer, trotz der unsicheren Lage wirtschaftlich aktiv zu werden. Größtes Hindernis sei jedoch die weitgehende Abriegelung des Gaza-Streifens für Güter- und Warenverkehr durch die israelische Armee.

Elisabeth Schumann-Braune, 11.7.2006